Nr. 320. — Zweites Blatt.

Verantwortlicher Redakteur: H. Rosner in Stettin.
Verleger und Drucker: R. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3—4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 Mk. vierteljährlich.

Anzeigen: die Petitzeile oder deren Raum im Morgenblatt 15 Pf., im Abendblatt und Reklamen 30 Pf.

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Freitag, 6. September 1889.

Annahme von Inseraten Schulzenstraße 9 und Kirchplatz 3.

Agenturen in Deutschland: In allen grösseren Städten Deutschlands: R. Mosse, Haasenstein & Vogler, G. L. Daube, Invalidendank. Berlin Bernh. Arndt, Max Gerstmann, Otto Thiele. Elberfeld W. Thienes. Greifswald G. Illies. Halle a. S. Jul. Barck & Co. Hamburg Heinr. Eisler, Joh. Nootbaar, A. Steiner, William Wilkens. Kopenhagen Aug. J. Wolff & Co.

Der Kaiser in Dresden.

Nach den uns aus Dresden zugehenden Meldungen war der Empfang Ihrer Majestäten des Kaisers und der Kaiserin ein begeisterter, dicht gefüllt waren alle Straßen, welche die kaiserlichen Wagen bei der Einfahrt passirten und das Publikum wurde nicht müde, den Majestäten immer wieder zuzujubeln. Auch die Ausschmückung der Straßen übertraf die weitgehendsten Erwartungen. Die Begrüßung Ihrer Majestäten des Kaisers und der Kaiserin mit den sächsischen Majestäten war eine äußerst herzliche. Se. Majestät der Kaiser begab Sich nach der Ankunft zunächst in das Königszimmer und darauf zu der vor dem Bahnhof stehenden Generalität, an deren Spitze sich der General-Feldmarschall Prinz Georg befand. Nach dem Abschreiten der Ehrenkompagnie und dem Vorbeimarsch derselben traten Ihre Majestäten die Fahrt durch die Kaiserstraße nach dem Kaiser-Wilhelms-Platz an, wo außer dem Rathe der Stadt, den Stadtverordneten, den Ehrenjungfrauen auch die Geistlichkeit der Stadt Aufstellung genommen hatte. Oberbürgermeister Dr. Stübel hielt folgende Ansprache: „Zum ersten Male betreten Ew. Majestät das getreue Sachsenland, um prüfenden Blicks Herrschau zu halten. Die Bürgerschaft der Stadt Dresden ist gleich dem ihr über Alles theueren königlichen Herrn des Landes erfüllt von der frohen Zuversicht, daß die sächsischen Regimenter sich von Neuem als eine schlagfertige und starke Wehr des Vaterlandes erweisen werden. Mit Freuden werden sie dem Rufe Ew. Majestät folgen, wenn je des Reiches Feinde die Erhaltung des Friedens unmöglich machen sollten. Der Lorbeer wird im gerechten Kampfe Ew. Majestät nicht fehlen. Heute aber, da wir in Ew. Majestät den vornehmsten und mächtigsten Schirmherrn des Friedens verehren, und da Ew. Majestät zu unserer höchsten Freude mit Ihrer Majestät unserer huldreichen Kaiserin hier Allerhöchstihren friedlichen Einzug halten, baut Dresden dort zum Gruße die Königin der Alumen und jubelnd erneut die Bürgerschaft das Gelübde der Treue." Der Oberbürgermeister schloß seine Ansprache mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf Se. Majestät den Kaiser und Ihre Majestät die Kaiserin. Se Majestät der Kaiser dankte mit huldvollen Worten, sprach die Freude aus, hier wieder einzutreffen, wo ihm die Erfüllung Seiner Pflichten jederzeit leicht gemacht werde, und reichte dem Oberbürgermeister die Hand. Hierauf erfolgte die Weiterfahrt durch die Hauptstraße, über den Neustädter Markt, woselbst 800 Schulkinder eine Gesangshuldigung darbrachten, und über die festlich geschmückte Brücke nach dem königlichen Schlosse. Auf dem ganzen Wege wurden Ihre Majestäten mit unausgesetzten enthusiastischen Zurufen begrüßt Abends 7 Uhr fand im königlichen Schlosse Familientafel statt, an welcher die hier anwesenden Fürstlichkeiten theilnahmen. Das Gefolge und der Ehrendienst nahmen an der 60 Gedecke zählenden Marschalltafel Platz.

Deutschland.

Berlin, 5. September. Der Vizepräsident des preußischen Staatsministeriums, Staatssekretär v. Böttichер, welcher sich in Karlsbad zur Kur befindet, wird, so schreibt man, in etwa vierzehn Tagen hier zurückerwartet; alsdann wird über die Berufung des Bundesraths verfügt werden.

— Die „Nordd. Allg. Ztg." erläutert eine frühere Erörterung über das Koalitionsrecht dahin, ihre Meinung sei, daß „das gewerbsmäßige Streikagitatorenthum, sofern es weder Arbeitnehmer noch Arbeiter ist, in den Rahmen der durch § 152 der Gewerbeordnung umschriebenen Koalitionsfreiheit nicht einbegriffen ist".

Damit soll, wie es scheint, gesagt werden, Theilnehmer an einer Streikagitation, welche nicht Arbeiter oder Arbeitgeber sind, könnten nach dem jetzigen Stande der Gesetzgebung strafgerichtlich verfolgt werden. Wir glauben, daß dies in in die Kategorie derjenigen juristischen Deduktionen gehören würde, mit denen die Regierung resp. die Staatsanwaltschaft neuerdings wiederholt den Oppositions-Parteien bequeme Triumphe bereitet hat. Die Anregung zu einer statthaften Handlung kann, von wem sie auch ausgehen mag, nicht strafbar sein.

— Die polnische Presse beeifert sich, den zu den Manövern nach Galizien gekommenen Kaiser Franz Josef der loyalen Gesinnung der Bevölkerung zu versichern. Der „Czas" schreibt: „Mit dem Jahre wächst die Ehrfurcht und die Anhänglichkeit für den Kaiser, welcher für ganz Europa als ein Muster eines Regenten und für seine Völker ein wahrer Vater ist. Die Regierung Sr. Majestät hat den Erfolg aufzuweisen, daß die Begriffe Monarchie und Familie verschmolzen sind. Und unsere Gefühle sind um so tiefer und lebhafter, als wir noch mehr als andere Völker die Segnungen der Regierung eines solchen Monarchen zu schätzen in der Lage sind." Das Krakauer Blatt zählt sodann die Wohlthaten auf, welcher das Land unter der Aegide des Monarchen theilhaftig geworden ist und erklärt: „daß die Polen mit der Dankbarkeit die Zuversicht in die große Mission der Monarchie und des Monarchen verbinden. Trotzdem nun die Reise eine blos militärische ist, werde doch überall die gesammte Bevölkerung dem Kaiser entgegeneilen und ihm zujubeln: Gott erhalte, Gott segne, Gott beschütze unsern Kaiser, König und Vater." Der „Przeglond" schreibt: „Der Kaiser wird nicht das Land bereisen, sondern nur den Manövern beiwohnen. Gleichwohl wird es dem schwer geprüften Herzen des Monarchen gewiß wohl thun, daß er längs seines Weges überall bei uns kindlicher Liebe, Treue und Loyalität begegnen wird."

— Der diesjährige englische Gewerkvereinskongreß, seiner Zahl nach der 22., wurde am vergangenen Montag in Dundee eröffnet. Die als trades unions bekannte und vielgepriesene wirthschaftliche Organisation tagt heuer unter Umständen, welche eine dringende Mahnung bilden, für die Unversehrthaltung ihres moralischen Ansehens und ihres materiellen Machteinflusses ihre ganze Kraft einzusetzen. Denn der seit Abhaltung des internationalen Pariser Sozialistenkongresses in die Arbeitermassen der europäischen Industriestaaten gefahrene Geist, der speziell auf englischen Boden den Ausstand der Londoner Dockarbeiter nebst einer ganzen Reihe von Nebenstreits ins Leben gerufen hat, war in dem Programm der Trades-Unions nicht entfernt vorgesehen. Letztere sind, ob mit oder ohne ihre Schuld, im Handumdrehen aus der Vorhut der englischen Arbeiterbewegung in die Nachhut gerathen, woran durch die in der Eröffnungssitzung des Kongresses einstimmig angenommene Erklärung zu Gunsten der Ausständischen nichts geändert wird. Anerkennenswerth bleibt es ja immerhin, daß die Trades-Unions es verstanden haben, ihr eigenes Haus von ungebetenen sozialrevolutionären Eindringlingen bis jetzt rein zu erhalten, dagegen hat ihre Autorität in Arbeiterkreisen nicht hingereicht, diese letzteren fest bei der Gewerkvereinsfahne zu halten, sondern, wie das Beispiel eben der Londoner Dockarbeiter darthut, hat sich das Gros, namentlich der Männer der unqualifizirten Arbeit, anderen Führern zugewendet, deren himmelstürmendes Demagogenthum ihnen mehr imponirt, als das vielfach exklusive Gebahren der Gewerkvereinsleiter. Die Anhänger des Trades-Unionismus haben dermalen vor der öffentlichen Meinung keinen ganz leichten Stand. Sie müssen den Vorwurf über sich ergehen lassen, daß ihre Organisation sich nicht mehr auf der Höhe ihrer Aufgabe befindet, daß sie auf ihren Lorbeeren geruht haben, statt dem erobernden Vordringen des sozialrevolutionären Geistes wachsam entgegen zu treten; die Führer der Gewerkvereine aber werden bezichtigt, aus Regungen persönlichen Ehrgeizes ihren Einfluß in den Dienst politischer Parteibestrebungen gestellt zu haben, statt ihn einzig und allein den Interessen der von ihnen vertretenen Arbeitersache zu widmen. In den Streikversammlungen ist man noch weiter gegangen und hat geradezu behauptet, die Herren Broadhurst, Shipton und andere gewerkvereinliche Notabilitäten ständen im Solde des Großkapitals. Das alles sind unerwiesene und auch wohl kaum zu erweisende Behauptungen; für den Augenblick aber erfüllen sie ihren agitatorischen Zweck, indem sie die Arbeiter kopfscheu machen und massenhaft aus den Hürden der Gewerkvereinsorganisation auf die freie Weide des Sozialismus treiben. Der Erfolg wenigstens ist von den Gewerkvereinen ganz und gar auf die von Burns geleitete Bewegung hinübergegangen, und ersteren erübrigt die schwierige Aufgabe, das gewaltige, durch Ueberrumpelung eingebüßte Terrain mühselig und zollweise wieder zurück zu gewinnen. Mit der Lösung dieser Aufgaben werden die Trades-Unions zu Stande kommen oder auf ihre bisherige tonangebende Stellung endgültig verzichten müssen. Ersteres wäre zu wünschen, letzteres steht zu befürchten, wie die aus denjenigen Ländern vorliegenden Erfahrungen beweisen, wo der von unten herauf betriebenen sozialen Revolutionirung nicht die von oben herab wirkende Aktion der sozialen Reform das naturgemäße Gegengewicht hält.

— Der Telegraph hat berichtet, daß am 3. September eine Gesandtschaft des Sultans von Sansibar abreise, um den deutschen Kaiser zu seiner Thronbesteigung zu beglückwünschen. Die beiden Gesandten, deren Namen in dem Telegramm wohl nicht ganz richtig mitgetheilt waren, gehören, nach der „N. Pr. Ztg.", zu den angesehensten der Sansibar-Araber. Mhamed Sleiman Mendrie nimmt die Stellung eines Oberrichters ein, dem die Verwaltung der Mündelgelder anvertraut ist, und Seid ben Hamed, der sich als ein naher Verwandter des Sultans Seid nennt, ist einer der reichsten Araber dort. Nach demselben Blatte verlautet aus Sansibar, daß dem Hauptmann Wißmann die Geschützmunition ausgegangen ist und daß er auf neue Zusendung aus Deutschland warten muß. Es wäre danach nicht auffällig, wenn der mehrmals angekündigte Zug nach dem Innern in der Richtung auf Mpwapwa jetzt noch nicht gemacht würde. — Die Nachricht von dem „Ausgehen der Geschützmunition" scheint uns der Bestätigung zu bedürfen.

— Prinz Viktor Napoleon ist zwar nicht mit einem Wahlmanifest hervorgetreten, er hat indessen seinen Getreuen die Wahlparole in der letzten Nummer des „Figaro" in der Form eines Interviews mitgetheilt.

„Mein Programm", sagte der Prinz, „alle Welt kennt es, mein Programm ist das Kaiserreich. Ich bin nicht Haupt einer Partei, sondern Vertreter einer Sache. Der Kampf, den wir am 22. September zu bestehen haben werden, gilt nicht der Regierungsform, er ist ein Ansturm gegen die Ausbeuter dieser Regierung." Die Vorwürfe, welche der Prinz vom imperialistischen Standpunkte aus gegen die parlamentarische Republik zu erheben hat, werden von ihm in folgenden Worten zusammengefaßt: „Nichts ist geschehen, um die Lage des Arbeiters zu verbessern, nichts um das Loos des Bauern zu erleichtern, nichts um die nationale Erwerbsthätigkeit zu spornen und die Lasten zu vermindern, welche das Volk bedrücken, nichts, um die Gleichheit zu gewährleisten! Ueberall Verfolgung, überall Unbestand, Ungewißheit, Furcht vor bevorstehenden Erschütterungen, fortschreitende Zersetzung der gesellschaftlichen Kräfte, überall Unmacht und Unfähigkeit." Da kann nichts helfen, meint der Prinz, als Verfassungsdurchsicht, die einer konstituirenden Versammlung übertragen wird. Vor allem aber ein freies Plebiszit, welches zu antworten hätte auf die dreifache Frage: Republik, Königthum oder Empire? Wenn die entscheidende Stunde geschlagen haben wird, dann wird der Prinz und seine Getreuen, gegenüber „einer um alles Vertrauen gebrachten Republik, gegenüber einem ohnmächtigen Königthum die Fahne der kaiserlichen Demokratie aufpflanzen und Frankreich wird wieder in den Besitz einer thatkräftigen und volksthümlichen Staatsgewalt treten, die auf Gehorsam rechnen kann". Was den Boulangismus betrifft, so äußerte der Prinz nach dem Bericht des „Figaro" Folgendes: „Meine Freunde haben kein Bedenken getragen, diese Bewegung zu unterstützen, welche nothwendigerweise auf ein Plebiszit hinauslaufen muß. Die plebiszitäre Bewegung tritt immer kräftiger auf in allen Departements und wir gewähren Aufnahme allen denen, welche sich derselben anschließen, woher sie auch kommen mögen. An dem Tage, an welchem die feierliche Befragung des Volkes stattfinden wird, ist auch das Kaiserreich fertig. Der Parlamentarismus, die Quelle aller unserer Spaltungen und Schwächen, kann neben dem allgemeinen Stimmrecht nicht bestehen." Ob der Prinz dem allgemeinen Stimmrecht damit ein Kompliment macht, muß dahingestellt bleiben. Dagegen kann man den Schlußsätzen seiner Programmentwickelung das Verdienst einer präzisen Fassung schwerlich absprechen. Sie lauten: „Der Kampf muß sich zuspitzen zu einer Entscheidung zwischen Republik und Empire, den beiden Formen der Demokratie. Das legitime Königthum ist nur noch eine Erinnerung, der Graf von Chambord hat es mit sich ins Grab genommen. Unmöglich kann man denken, daß eine Kammer das Spiel von 1830 wiederholen könnte, die Kammern entscheiden nicht mehr über das Schicksal des Volkes, seit das allgemeine Stimmrecht zum Bewußtsein seiner Kraft gelangt ist. Das Kaiserreich also, welches den Ideen von 1789 ihre praktische und gouvernementale Form gegeben hat, wird der einzige Erbe der gegenwärtigen Bewegung sein."

— Die „Nordd. Allg. Ztg." schreibt: Gerade die wärmsten Anhänger unserer humanistischen Gymnasien beklagen den Umstand, daß dieselben, weil ihnen ein zahlreiches ungeeignetes Schülermaterial zugeführt wird, in der Erreichung ihrer Ziele gestört werden. Es ist allerdings eine Thatsache, daß man erst von der Obersekunda ab, in welcher Klasse Diejenigen, welche lediglich dem Berechtigungsschein zum Einjährigendienst zu Liebe die Schule so lange besucht haben, nicht mehr zu finden sind, von einem auf das Studium vorbereitenden Unterricht sprechen kann. Ja selbst in der Obersekunda befindet sich noch eine Reihe von Schülern, welche, um gewisse Laufbahnen einschlagen zu können, das Zeugniß für Prima erwerben wollen. Unter diesen Elementen leidet der Unterricht unzweifelhaft; wie dieselben aber abzuschieben sind, dafür fehlt es an geeigneten durchführbaren Vorschlägen. Der Forderung, daß erst das Reifezeugniß zur Universität die Berechtigung zum einjährigen Dienst für die Schüler der humanistischen und Realgymnasien vermitteln soll, hat zunächst etwas Bestrickendes, und es erscheint zweifellos, daß deren Erfüllung einen großen Theil der Schüler, die heute in der ausgesprochenen Absicht, nur jenes Zeugniß zu erlangen, diese Anstalten besuchen, fern halten würde. Aber die Billigkeit widerspricht der Durchführung dieses Vorschlages. Denn die höheren Bürgerschulen und gleichwerthigen Anstalten gewähren in 6jährigem Kursus dasselbe Recht, und es würde zu erheblichen Unzuträglichkeiten kommen, wenn Schüler in den oberen Klassen die Gymnasien verlassen wollten; dieselben müßten sich dann noch eine besondere Prüfung bei den staatlichen Kommissionen unterziehen. Vor allen Dingen aber ist der Vorschlag deshalb undurchführbar, weil es bis heute noch an geeigneten anderen Bildungsanstalten, welche jenes Zeugniß zu ertheilen berechtigt sind, mangelt. In vielen kleinen Städten giebt es nur ein Gymnasium und Volksschulen, und die Eltern, welche ihre Söhne nicht aus dem Hause geben können oder wollen, sind, wenn sie dieselben als Einjährig-Freiwillige dienen lassen wollen, auf das Gymnasium angewiesen. Aus verschiedenen Gründen ist also wenigstens zur Zeit und unter den bestehenden Einrichtungen der einen gesunden Kern bergende Gedanke nicht in Thatsachen umzusetzen. Das Richtige an dem Gedanken liegt darin, daß nur eine abgeschlossene Bildung jenes Vorrecht gewähren sollte, und es läßt sich nicht verkennen, daß der Abiturient der höheren Bürgerschule über eine solche gebietet, während sie der Schüler des Gymnasiums, der ein Jahr „mit Erfolg" die Sekunda besucht hat, nicht besitzt. Wenn die Frage, ob lediglich der abgeschlossenen Bildung das Vorrecht des einjährig-freiwilligen Militärdienstes gewährt werden dürfe, in ernste Erwägung genommen werden soll, so ist es erforderlich, daß zunächst die Grundlagen geschaffen werden, auf denen auch den mittleren Klassen der Erwerb einer solchen Bildung allgemein ermöglicht wird.

Erfreulicher Weise bricht sich nun immer mehr die Erkenntniß Bahn, daß dem Mittelschulwesen, namentlich den höheren Bürgerschulen, die genügende Förderung bisher nicht zu Theil geworden sei, und aus dieser Erkenntniß wird hoffentlich in nicht zu ferner Zeit eine Vermehrung jener Bildungsstätten sich ergeben. Wenn dieses unabweisbare Bedürfniß in befriedigender Weise erfüllt ist, dann wird es Zeit sein, auf die oben angedeutete Frage zurückzukommen.

— S. M. Kreuzerfregatte „Leipzig", Kommandant Kapitän zur See Plüddemann, mit dem Geschwaderchef Kontre-Admiral Deinhard, ist am 4. September d. J. in Kapstadt eingetroffen.

Halle a. S., 5. September. Von dem allgemeinen deutschen Bergmannstag wurde bei dem heutigen Festessen ein Huldigungs- und Ergebenheitstelegramm an Se. Majestät den Kaiser abgesandt.

Münster i. W., 5. September. Gutem Vernehmen nach hat der Papst den Nuntius Agliardi in München mit dem Informativprozeß über die Wahl des Dr. Dingelstad zum Bischof von Münster beauftragt.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 5. September. Der russische Gesandte in Belgrad, Persiani, ist aus Paris hier eingetroffen. — Die „Polit. Korresp." meldet aus Belgrad, die Königin Natalie habe in Briefen an Privatpersonen den 14. d. Mts. als den Tag ihrer Abreise nach Belgrad bezeichnet und dabei erklärt, daß es ihr um keinerlei Empfang in Belgrad zu thun sei. In der Regierung nahestehenden Kreisen werde betont, daß die Regierung sich dieser Eventualität gegenüber streng verfassungsmäßig verhalten, selbstverständlich indeß die Rechte der Königin als Mutter des Königs respektiren werde.

Schweiz.

Bern, 1. September. Die Bewegung, welche auf die Herbeiführung einer Volksabstimmung über das Gesetz betreffend die Errichtung einer Bundesanwaltschaft in der Schweiz gerichtet ist, wird von ihren Urhebern andauernd mit ungeschwächtem Eifer betrieben. Diese Agitation wurde bekanntlich von dem seit Jahren bestehenden, über das ganze Gebiet der Eidgenossenschaft verbreiteten „Grütli-Verein" ins Werk gesetzt. Man mußte sich seitens dieses Vereins um so eher eines lebhaften Widerstandes gegen die Schaffung der gedachten Stelle im Verwaltungs-Organismus der Schweiz versehen, als derselbe sich nicht nur aus den radikal gesinnten schweizerischen Arbeitern rekrutirt, sondern vielfach von fremdländischen sozialistischen Elementen durchsetzt ist. Es sind überhaupt die eingewanderten Sozialisten, welche durch ihre unermüdliche Propaganda dem Grütli-Vereine, der sich ursprünglich nur die Verfechtung der Grundsätze des Liberalismus gegenüber reaktionären Strömungen und Versuchen zur Aufgabe gesetzt hatte, im Laufe der Jahre ein völlig geändertes Gepräge aufgedrückt haben, so daß der Verein nunmehr sich fast vollständig in den Dienst sozialistischer Theorien und Bestrebungen gestellt hat. Der Grütli-Verein entwickelt denn auch gegenwärtig im Kampf gegen die Errichtung einer schweizerischen Bundesanwaltschaft einen so rührigen Eifer, daß es ihm, wie es scheint, gelingen dürfte, jene 30,000 Stimmen aufzubringen, welche erforderlich sind, um das Verlangen nach einer Volksabstimmung über ein vom Bundesrathe beschlossenes Gesetz durchzusetzen. Nichts wäre aber irriger, als in dem Eintritte dieses Ereignisses sofort auch den Vorboten der Verwerfung des gedachten Gesetzes zu erblicken. Man scheint im Auslande die Bedeutung des sogenannten Referendums in der Schweiz in sehr hohem Maße zu überschätzen, indem man von der an sich logisch wohlbegründeten Anschauung ausgeht, daß ein Gesetz, welchem gegenüber sich 30,000 Stimmen vereinigen, um ein Plebiszit darüber herbeiführen, mit den Anschauungen und Wünschen eines sehr beträchtlichen Theiles der schweizerischen Bevölkerung in Widerspruch stehen müsse. Dieser Maßstab, dessen Anwendung in anderen Ländern vollständig berechtigt ist, paßt aber zu den thatsächlichen Verhältnissen in der Schweiz nicht. Hier zu Lande sind Volksabstimmungen geradezu alltägliche Erscheinungen. Man möge im Auslande bedenken, daß in den meisten Kantonen jedes kantonale Gesetz ausnahmslos der Volksabstimmung unterworfen werden muß. Die von der Bundesversammlung beschlossenen Gesetze unterliegen nicht dem Zwange einer derartigen Einrichtung und werden nur in dem Falle einer Volksabstimmung vorgelegt, wenn innerhalb 90 Tagen nach der Votirung des Gesetzes von 30,000 Schweizer Bürgern die Volksabstimmung verlangt wird. Gesetze, welche von der Bundes-Versammlung als dringliche beschlossen werden, unterliegen überhaupt keiner Volksabstimmung. Wenn nun auch Gesetze, die von der Bundes-Legislative ausgehen, gegenüber den mit dem Prozeß der Volksabstimmung verknüpften Verschleppungen und Wechselfällen mit einigen schützenden Mauern umgeben sind, so schwebt nichtsdestoweniger, von der erwähnten Ausnahme abgesehen, über jedem in der Schweiz neu beschlossenen Gesetze die Möglichkeit eines Verlangens nach Volksabstimmung. Der Erfolg eines derartigen Verlangens bedeutet jedoch angesichts des Umstandes, daß die Schweizer sich in den Brauch, über die Einführung neuer Gesetze die Gesammtheit entscheiden zu lassen, so eingelebt haben, noch lange nicht eine thatsächliche Gefahr für das dem Plebiszit unterzogene Gesetz. Für ein derartiges Verlangen können 30,000 Stimmen hier zu Lande sehr leicht gewonnen werden, selbst wenn das betreffende Gesetz einem allgemein gehegten Wunsche entspricht. Als sehr belehrendes Beispiel hierfür sei die Thatsache angeführt, daß über 60,000 Stimmen sich geeinigt hatten, um die Volksabstimmung über das vor einigen Monaten von der Bundesversammlung beschlossene Schuldbetreibungs- und Konkursgesetz zu verlangen. Dieses Gesetz entspricht aber einem dringenden Bedürfnisse; seit Jahren haben sich fast alle hervorragenderen Juristen der Schweiz an der Ausarbeitung dieses Gesetzes betheiligt, bis endlich — post tot discrimina rerum — ein Werk zu Stande kam, welches durchaus nicht als ein legislatorisches Ideal angesehen werden kann, aber immerhin die mannigfachen Uebelstände, Disharmonien und Mängel der bisher bezüglich der Schuldbetreibung und des Konkurswesens bestehenden kantonalen Gesetzgebungen der Hauptsache nach beseitigt. Das Gesetz ist vom Nationalrathe sowohl, wie vom Ständerathe mit erdrückender Mehrheit angenommen worden. Nichtsdestoweniger gelang es den Konservativen und Ultramontanen in diesem Falle, über 60,000 Stimmen für das Verlangen der Volksabstimmung zu gewinnen; dieselbe wird denn auch im November erfolgen.

Das Verlangen nach einem Plebiszit über die Errichtung einer Bundesanwaltschaft in der Schweiz darf somit durchaus nicht als das Todtengeläute dieses Gesetzes erscheinen. Man darf im Gegentheil die sichere Erwartung hegen, daß die eventuelle Volksabstimmung mit der Annahme des Gesetzes seitens der Mehrheit der Schweizer enden wird. Entsprang doch das Gesetz nicht einem augenblicklichen Bedürfnisse, geschweige denn dem Wunsche, sich damit dieser oder jener auswärtigen Macht gefällig zu zeigen. In allen politisch reifen Kreisen der Schweiz war die Zentralisirung der Fremdenpolizei längst als eine Nothwendigkeit erkannt worden, und lange bevor verschiedene Zwischenfälle des letzten Jahres die Mängel der bisher in diesem Punkte bestehenden Einrichtungen besonders fühlbar machten, hatte sich der Bundesrath mit dem Plane der Errichtung einer Bundesanwaltschaft befaßt. Die neue Einrichtung wurde von der schweizerischen Presse fast aller Färbungen rückhaltlos gutgeheißen und im Interesse der Schweiz selbst mit Befriedigung aufgenommen. Wenn der sozialistischen Zwecken dienstbar gewordene Grütli-Verein die Sturmglocke läutet, so braucht das Niemanden um das Schicksal des neuen Gesetzes besorgt zu machen. Daß es ihm gelingen wird, in diesem Einzelfalle 30,000 Stimmen oder auch mehr um seine Fahne zu schaaren, ist nicht unwahrscheinlich; mit ziemlicher Sicherheit läßt sich aber erwarten, daß das eventuelle Plebiszit sich für das Gesetz aussprechen wird.

Belgien.

Brüssel, 3. September. Die Untersuchung in Bezug auf den Urheber des im Ministerium des Innern verübten Dokumentendiebstahls nimmt ihren Fortgang, wird jedoch in solch' eigenthümlicher Weise geführt, daß selbst der unbefangenste Beobachter nicht umhin kann, sich seine besonderen Gedanken darüber zu machen. Einer der ersten Schritte der Untersuchungskommission war die bereits früher gemeldete Haussuchung bei einem gewissen Georg Nieter, ehemaligem Privatsekretär des Ministers des Innern und jetzigem Inspektor der schönen Künste, sowie auch Vorsteher des Preßbureaus im Ministerium des Innern. In letzterer Eigenschaft unterhielt Nieter zahlreiche Verbindungen mit hiesigen Journalisten und Berichterstattern auswärtiger Blätter, deren Namen durch die bei der Haussuchung vorgefundene, umfangreiche Korrespondenz festgestellt werden konnten. Die in Rede stehenden Dokumente befanden sich eine Zeit lang — als Fürst Chimay mit dem Herzog von Ursel wegen der Arbeiterunruhen im Hennegau in Briefwechsel stand — im Bureau Nieters, und es erscheint nahezu zweifellos, daß bei dieser Gelegenheit die Schriftstücke entfernt oder Unbefugten zur Durchsicht gegeben oder Abschriften davon genommen wurden, und es ist um so wahrscheinlicher, daß Nieter die Hand dabei im Spiele hatte, als derselbe mit Mondion, alias de Maurel, freundschaftliche Beziehungen unterhielt. Die vorerwähnten Journalisten, welche von Nieter mit Nachrichten versehen wurden, gingen im Bureau desselben frei ein und aus, und an diesen Umstand scheint die Untersuchungskommission den Verdacht zu knüpfen, daß einer derselben gelegentlich eines Besuches die Dokumente entwendet oder von Nieter zur Einsicht erhalten habe. Wenigstens wurde gestern eine große Anzahl dieser Journalisten vor den Untersuchungsrichter zitirt und über die näheren Umstände ihrer zeitweiligen Besuche, sowie über den Inhalt der von Nieter gelieferten Nachrichten eingehend verhört.

Während man also durch die Erklärungen der Madame Adam und de Maurels, daß sie die Dokumente in Händen gehabt und davon Abschrift genommen, ganz genau die Mitschuldigen des Diebes kannte, verhört man hier in Brüssel Personen, welche an dieser Angelegenheit ganz gewiß unbetheiligt sind. Und während bereits vor vier Wochen die Absendung einer Untersuchungskommission nach Paris gemeldet wurde, hat Madame Adam erst kürzlich erklärt, daß weder sie noch einer der Redakteure der „Nouvelle Revue" von dieser Kommission belästigt würden. Dagegen meldet heute das offiziöse „Journal de Bruxelles", daß sein Chefredakteur, Herr v. Haulleville, eine lange Unterredung mit Madame Adam hatte. Nicht mit Unrecht fragt aus diesem Anlaß die „Etoile Belge", ob am Ende gar Herr de Haulleville mit der Untersuchung betraut worden sei. Unbegreiflich erscheint es auch, daß Nieter trotz der sich häufenden Verdachtsgründe nicht nur auf freiem Fuße, sondern auch im Besitze seiner amtlichen Stellungen verbleibt. Die mehrfach aufgeworfene Frage, ob Mondion, alias de Maurel, thatsächlich s. Z. Berliner Korrespondent des „Journal de Bruxelles" war, wird von dem amtlichen Organe dahin beantwortet, daß Mondion auf Ersuchen des Fürsten Chimay im Jahre 1883 versuchsweise als Korrespondent nach Berlin gesandt wurde, daß jedoch von dessen Berichten kein einziger als zum Abdruck geeignet befunden wurde. Mondion wurde damals, zufolge der Erklärung des Chefredakteurs, dem letzteren durch den nämlichen Georg Nieter zuerst vorgestellt, welcher heute im dringenden Verdachte steht, die Dokumente gestohlen und mißbraucht zu haben.

Frankreich.

Paris, 3. September. Wie telegraphisch gemeldet, hat der Minister des Aeußern das allgemein verbreitete Gerücht von der bevorstehenden Ersetzung des französischen Botschafters in Petersburg, Laboulaye, durch einen General als ungenau bezeichnen lassen. Dieses Gerücht hatte vielfach Glauben gefunden, was bei der hier augenblicklich herrschenden Strömung ganz natürlich erscheinen muß. Es wird dem Publikum Morgens und Abends vorgeredet, daß Rußland bereit sei, seine ungeheuren Streitkräfte in den Dienst der französischen Revanche zu stellen, sodaß man die Ernennung eines Generals zum Botschafter in Petersburg ganz selbstverständlich finden mußte, da es sich ja demnächst darum handeln würde, einen gemeinschaftlichen Feldzugsplan zu kombiniren. Einige Journale hatten nur die angebliche Wahl des Generals Negrier als Nachfolger des Herrn von Laboulaye kritisirt, weil auf diesen jüngsten aller Korpskommandeure ganz besondere patriotische Hoffnungen gesetzt werden, derselbe also nicht aus dem aktiven Dienst entfernt werden dürfe. Dagegen wurde als für den Petersburger Posten besonders geeignet der General Levall genannt, der ehemalige Kriegsminister, welcher seit einem Jahre dem Kadre der Reserve angehört, weil derselbe früher Militärattachee in Petersburg gewesen ist und, wie man weiß, mit den dortigen hohen militärischen Kreisen stete Fühlung bewahrt hat. Vorläufig scheint nun Herr von Laboulaye in Petersburg zu verbleiben, und es wird dazu bemerkt, daß sich derselbe der ganz besonderen Gunst des Zaren erfreue.

Das auf heute angekündigte Wahlmanifest des Prinzen Viktor Napoleon ist noch nicht erschienen, die Sprache sämmtlicher bonapartistischen Organe läßt aber bereits voraussehen, daß dasselbe ebenfalls und vielleicht noch im verstärkten Maße das Zusammengehen sämmtlicher der republikanischen Regierung feindlichen Elemente anempfehlen wird. Die Wahlbewegung ist jetzt auch in den Departements im vollen Gange und es wird, ganz wie in Paris, der Kampf zwischen den Republikanern und ihren koalisirten Gegnern mit der größten Heftigkeit geführt. Die zahlreichen Fremden, welche augenblicklich hier anwesend sind, müssen aus der Lektüre der französischen Journale entnehmen, daß hier zu Lande sämmtliche politische Persönlichkeiten aller Parteien Spitzbuben und Schufte sind, daß jeder Minister mindestens ein Dutzend Mal den Galgen verdient hat und daß es keinen einzigen ehemaligen oder zukünftigen Deputirten giebt, der als anständiger Mensch gelten könnte. Glücklicherweise werden dieselben bald errathen, daß hier augenblicklich gewisse Worte ihre gewöhnliche Bedeutung verändert haben, denn sonst könnte es sich doch ereignen, daß manche naive Ausländer sich beeilen würden, einer solchen Banditenstadt den Rücken zu kehren. Die boulangistischen Organe sind bekanntlich in letzterer Zeit mehrfach in der Lage gewesen, vertrauliche amtliche Schriftstücke zu veröffentlichen, und es ist trotz aller Bemühungen der Regierung bis jetzt niemals gelungen, die pflichtvergessenen Beamten, welche den boulangistischen Organen die Aktenstücke mitgetheilt hatten, ausfindig zu machen. Heute liegt nun ein neuer derartiger Fall vor, welcher besonders typisch ist und einen peinlichen Eindruck machen muß. Das Leiborgan Boulangers, „La Presse", hat gestern Abend den Text eines sehr vertraulichen Rundschreibens veröffentlicht, welches der Justizminister am 31. August an die Staatsanwälte gerichtet hat, um dieselben bezüglich der Ueberwachung des Wahlkampfes mit Instruktionen zu versehen. Der Justizminister hat sofort eine strenge Untersuchung angeordnet.

Italien.

Bologna, 5. September. Die Gesandtschaft des Königs von Schoa, welche einen Ausflug nach Venedig gemacht hatte, ist auf der Rückreise von dort heute Abend hier eingetroffen.

Großbritannien und Irland.

London, 5. September. In einer von den Streikenden heute Nachmittag abgehaltenen und sehr zahlreich besuchten Versammlung wurde von dem Führer der Streikenden, Burns, mitgetheilt, daß der durch die Zeichnungen in den letzten 8 Tagen gebildete Unterstützungsfonds für die Streikenden durch die Beisteuer aus Australien auf 7000 Pfund gestiegen sei. Burns fügte hinzu, sobald die Dockgesellschaften in dem entbrannten Kampfe unterlegen seien, werde es sich nicht mehr um einen Lohn von 6 Pence, sondern um einen solchen von 7 Pence per Stunde handeln.

Rumänien.

Bukarest, 4. September. Die Regierung beabsichtigt schon demnächst die Konkursausschreibung zum Baue einer großen, Rumänien und die Dobrudscha verbindenden Donaubrücke, um für ihre eigenen und für die russischen Getreide-Transporte eine direkte Eisenbahn-Verbindung mit Konstantinopel herstellen zu können. Die Baukosten sind auf 25 Millionen veranschlagt worden.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 6. September. Die gestrige Sitzung der Stadtverordneten bot nur sehr wenig Interesse, der einzige Gegenstand der Tagesordnung, welcher von Bedeutung war, betraf einen Antrag des Magistrats auf Abänderung des Beschlusses bezüglich der Patronatsfrage bei der neu zu erbauenden Lutherkirche. Der Magistrat ist der Ansicht, daß der in der Sache in der Sitzung vom 20. Juni d. J. gefaßte Beschluß der Versammlung unrichtig in das Protokoll aufgenommen sei. Nach Angabe des Protokolls wäre s. Z. die unentgeltliche Uebereignung einer 2627 Q.-Mtr. großen Grundfläche an der Ecke der Hospital- und Berkyofstraße unter Ablehnung zweier aus der Versammlung gestellten Nebenanträge, von denen der eine die Hergabe des Terrains von der Uebertragung des Patronats der zu erbauenden Kirche an die Stadt, der andere davon abhängig machte, daß die Stadt das Patronat nicht übernehme, zusammen mit dem Antrage der Finanzkommission, das Patronat fallen zu lassen, genehmigt, während es in der That über den letzteren Antrag überhaupt nicht zur Abstimmung gekommen sei. Herr Dr. Scharlau glaubt für die Richtigkeit der im Protokoll verzeichneten Beschlußfassung eintreten zu können, giebt aber zu, daß die inzwischen verstrichene Zeit dem Gedächtniß den genauen Hergang der Sache entrückt habe und schlägt deshalb vor, über die Patronatsfrage selbst nochmals abstimmen zu lassen. Herr Oberbürgermeister Haken spricht sich bestimmt dahin aus, daß über den Antrag der Finanz-Kommission nicht abgestimmt sei und wird hierin von Herrn Justizrath Masche unterstützt. Nachdem Herr Greffrath jedes Bedenken über die richtige Protokollirung dieses Falles zu beseitigen versucht hatte, beantragte Herr Graßmann Vertagung der Angelegenheit, da die Versammlung nicht vollzählig vertreten und ein definitiver Beschluß unter diesen Umständen nicht gut möglich sei. Der Antrag erhielt die nöthige Unterstützung und wurde danach mit großer Majorität angenommen.

Von den übrigen Gegenständen der Tagesordnung erwähnen wir nur noch, daß dem Vertragsabschluß betreffend die Vermiethung der in Verbindung mit dem zu erbauenden Schlachthofe zu errichtenden Anstalt zur Erzeugung thierischen Impfstoffes auf 20 Jahre vom 1. April 1890 ab gegen 1200 Mark Jahresmiethe, unter der Bedingung, daß das der Anstalt dienende Gebäude bis zum 1. April 1890 fertig gestellt werde, zugestimmt und eine Sache, nachträgliche Genehmigung zum Ankaufe des Grundstücks Langestraße Nr. 60 in Grabow a. O. durch die Bramstedt-Stiftungs-Deputation, Bewilligung des Kaufgeldes nebst Kosten mit 29,081 Mark 4 Pfg. und Zustimmung zu dem Wiederverkauf des genannten Grundstücks, in die geheime Sitzung verwiesen wurde.

— Für diejenigen Handeltreibenden, welche solche zollpflichtigen Waaren in das Ausland bringen, auf welche dort eine Zollvergütung auf Grund eines beigebrachten Ursprungs-Attestes der Waare stattfindet, ist eine Verfügung des Finanzministers beachtenswerth, welche dieser den Ortsbehörden zur Nachachtung empfohlen hat. Es handelt sich nämlich um die Stempelpflichtigkeit der von den Exporteuren beizubringenden Ursprungs-Atteste, welche für gewöhnlich als amtliche Atteste in Privatsachen einer Stempelsteuer von 1,50 M. unterliegen. Stempelfrei sind diese von den Ortsbehörden auszustellenden Ursprungsatteste in allen denjenigen Fällen, wo der Werth der Waaren-Sendung weniger als 150 M. beträgt. Es ergiebt sich dies aus den Bestimmungen des preuß. Stempelgesetzes von 1822. Der Herr Finanzminister hat aber diese Bestimmung des Stempelgesetzes weitergehend dahin interpretirt, daß solche Ursprungsatteste auch dann stempelfrei zu ertheilen sind, wenn dem Interesse des Exporteurs entsprechend, der Unterschied im Zoll, welcher auf der Waare im Lande der Bestimmung ruht, je nachdem diese von einem Ursprungsattest begleitet ist, oder nicht, sich auf weniger als 150 Mark beläuft. Vorausgesetzt ist hierbei, daß aus dem Inhalte des Zeugnisses hervorgeht, daß dasselbe zum Zwecke der Versendung der Waare nach einem bestimmten Lande und behufs Erlangung eines niedrigeren Zollsatzes im Lande der Bestimmung ausgestellt ist und daß die betreffenden Behörden eventuell von dem Betheiligten in den Stand gesetzt werden, die Höhe des Zollunterschiedes, um den es sich handelt, in zuverlässiger Weise feststellen zu können.

— Wie der „Hamb. Korresp." erfährt, ist man in Regierungskreisen mit der Frage beschäftigt, ob es sich empfiehlt, in Deutschland nach dem Vorgange anderer Länder eine einheitliche Zeitrechnung einzuführen. Anscheinend haben die Unzuträglichkeiten, welche mit unserer jetzigen Rechnung nach der sogenannten mittleren Ortszeit namentlich für den Eisenbahnverkehr verbunden sind, den Anstoß hierzu gegeben. Die süddeutschen Bundesstaaten besitzen bereits jeder für sich eine einheitliche Zeitrechnung: Baiern rechnet nach Münchener, Würtemberg nach Stuttgarter, Baden nach Karlsruher Zeit, im übrigen Deutschland enthalten die für das Publikum bestimmten Fahrpläne und Kursbücher die unter sich verschiedenen Ortszeiten aller einzelnen Stationen, wogegen die Dienstfahrpläne der Eisenbahn-Verwaltungen meist nach Berliner Zeit aufgestellt sind. Dieser Zustand ist an sich für die Pünktlichkeit und Sicherheit des Eisenbahnbetriebes nachtheilig. Für das reisende Publikum führt der stetige Wechsel in der Zeitrechnung von einer Station zur anderen Unbequemlichkeiten mit sich.

— Die sämmtlichen Zoll- und Steuerämter des deutschen Zollgebietes sind soeben von dem Beschluß des Bundesrathes zur Beachtung bei vorkommenden Fällen in Kenntniß gesetzt worden, daß die vom Papste den im deutschen Zollgebiet belegenen Kirchen uund Klöstern überwiesenen **Jubiläumsgeschenke** ohne Rücksicht darauf, ob sie aus dem freien Verkehr des Zollgebietes stammen oder nicht, aus Billigkeitsrücksichten zollfrei eingelassen werden dürfen.

— Mit nächstem Sonntag (8. September) beginnen die beliebten **Leipziger Sänger** (Direktion R. Engelhardt) im Saale der Philharmonie wieder mit ihren humoristischen Soireen.

Zirkus G. Schumann.

Die gestrige Vorstellung im Zirkus Schumann hatte sich wiederum eines überaus zahlreichen Besuches zu erfreuen, alle Plätze waren gefüllt und konnte man sehr viele Besucher von außerhalb finden, da von Pölitz aus zu der gestrigen Vorstellung eine Extrafahrt abgelassen war. Eine besondere Anziehungskraft gewann die Vorstellung durch das erste Auftreten des Mr. Jules Seeth mit seinen acht dressirten Löwen. Als die Thiere in einen eleganten Käfig eingeführt waren, mußte man staunen über die Größe derselben, es sind völlig ausgewachsene Exemplare, 3 mächtige Löwen und 8 Löwinnen. Von den Letzteren hat eine kürzlich Junge geworfen, äußerst possirliche Thierchen, welche gleichfalls im Zirkus zu besichtigen sind. Die Dressur der Löwen durch Mr. Seeth übertrifft an Sicherheit und Kühnheit Alles, was bisher in diesem Genre geleistet, auf jeden Blick pariren die Thiere ihrem Meister, wenn sie demselben auch zuweilen in recht ungemüthlicher Weise brüllend die Zähne zeigen. Neu sind die Gruppenstellungen, welche Mr. Seeth mit den Löwen ausführt und welche einen imponirenden Eindruck machen. Lebhafter Beifall lohnte dem kühnen Thierbändiger für seine Produktionen. Auch die übrigen Piecen des reichhaltigen Programms fanden volle Anerkennung. Eine prächtige Leistung ist das Tandem von Herrn Ernst Schumann, mit vier Schulpferden geritten; ebenso verdiente Miß Ada, welche auf dem englischen Vollblutpferd „Sweet boy" alle Gangarten der hohen Schule vorzüglich ritt, den ihr gespendeten Applaus in vollem Maße. Wenn in den ersten Vorstellungen sich der Mangel an Klowns bemerkbar machte, so ist dem jetzt abgeholfen; durch das Engagement des Mr. Fellis ist eine Kraft gewonnen, welche bei jedem Auftreten unwillkürlich drastisch wirkt. Es sind nicht die alten Zirkusspäße, welche Mr. Fellis vorführt, sondern er bringt stets neue Abwechselungen, welche nicht allein von unverwüstlichem Humor, sondern auch von Kraft und Kunstfertigkeit zeugen, wir erwähnen nur den Spatentanz, den Stelzenlauf und das Ballspiel. Weiter betheiligten sich gestern an der Ausführung des Programms die Damen Miß Vinella, Brose und Neville, die Herren Adolf Schumann, Gebr. Geretti und Achilles, sowie die Familie Leon und die Geschwister Bayer. Das Auftreten der „Wiener Damenkapelle" erntete wie immer lebhafte Heiterkeit. K.

3. Wanderversammlung des deutschen bienenwirthschaftlichen Zentralvereins.

Stettin, 6. September 1889.

Unter überaus zahlreicher Betheiligung der Imker aus allen Gauen Deutschlands wurde heute Vormittag 10 Uhr die dritte Wanderversammlung des deutschen bienenwirthschaftlichen Zentralvereins im F. Reinke'schen Saale eröffnet. Unter den anwesenden Ehrengästen bemerkten wir außer dem Ehren-Präsidenten Herrn Oberpräsident Graf Behr-Negendank die Herren Ober-Regierungs-Rath Frhr. v. Puttkamer, Polizei-Präsident Graf Stolberg, Oberbürgermeister Haken und Stadtverordneten-Vorsteher Dr. Scharlau. Der Herr Ehren-Präsident Graf Behr-Negendank eröffnete die Versammlung mit folgender Rede:

Meine Herren! Indem ich mir gestatte mich Ihnen als langjähriger Ehrenpräsident vorzustellen, drängt es mich gleichzeitig, den Imkern Deutschlands meinen warmen Dank auszusprechen für die Berufung an diese Stelle, und meiner lebhaften Freude darüber Ausdruck zu geben, daß es mir endlich einmal vergönnt ist, vor ihnen zu erscheinen und die Verhandlungen einer Wanderversammlung zu leiten.

Gleichzeitig darf ich Ihnen auch im Namen der Provinz Pommern dafür danken, daß sie dieselbe durch ihren vorjährigen Beschluß vor anderen deutschen Zonen auszeichneten und durch die Wahl der alten pommerschen Hauptstadt Stettin zum Sitze der diesjährigen Wander-Versammlung den pommerschen Imkern eine große Freude bereiteten.

Aber auch im Namen der Staats-Regierung darf ich Sie auf's Wärmste begrüßen, welche, wie Ihnen aus langjähriger Erfahrung bekannt, der Imkerei besonderes Wohlwollen entgegenbringt und dieselbe bei jeder Gelegenheit beschützt. Die Herren Minister für Landwirthschaft, Freiherr von Lucius, und des Kultus, Dr. Goßler, bedauern lebhaft, wegen Beurlaubung ins Ausland heute nicht unter uns weilen zu können, begleiten aber Beide die hiesige Imkertagen mit vollster Theilnahme und bin ich daher beauftragt, über dieselben eingehend zu berichten.

Meine Herren! So heiße ich Sie denn auf's Herzlichste willkommen am baltischen Strande in der Hoffnung, daß die Tage, welche Sie an demselben verleben, der edlen Imkerei zu Nutz und Frommen gereichen, Ihnen aber eine angenehme Rückerinnerung gewähren werden.

Ehe wir aber an die Arbeit des heutigen Tages gehen, lassen Sie uns dieselbe weihen mit dem Rufe, welcher das Symbol unserer so glücklich errungenen Einheit und Stärke geworden ist und mit welchem wir gewohnt sind, jedes gute Ding zu beginnen, mit dem Rufe: „Se. Majestät der Kaiser, er lebe hoch! hoch! und abermals hoch!"

Begeistert stimmte die Versammlung ein. Der Herr Oberpräsident erklärte sodann die 3. Wanderversammlung für eröffnet und ertheilte zunächst Herrn Oberbürgermeister Haken das Wort zu folgender Ansprache: „Indem ich die geehrte Versammlung der deutschen Imker auch namens der Stadt Stettin willkommen heiße, kann ich Ihnen die Versicherung aussprechen, daß wir in vollem Maße den Zweck Ihres Vereins, die Förderung der Bienenzucht, zu würdigen wissen. Gewiß liegt es in den Verhältnissen der größeren Städte, daß in dem unruhigen Getriebe der immer weiter ausgedehnten Bebauung eine natürliche Heimath der Bienen und eine eigentliche Erwerbsquelle aus der Bienenzucht für uns Städter nicht zu finden ist. Trotzdem freuen wir uns des süßen Mahles, der Ernte Ihrer Arbeit, die Sie uns heute in so günstigen Gebilden ausgestellt haben, trotzdem müssen wir Ihre unermüdlich bienenfleißige Rührigkeit im Interesse der Volkswirthschaft dankbar anerkennen. So mag denn auch in dieser Versammlung der Austausch Ihrer gegenseitigen Erfahrungen, die Mittheilung Ihrer Erfolge eine Ermunterung für Ihre Mühe sein und ein Weckruf für die ländliche Bevölkerung unserer noch so bienenarmen Provinz, Ihrem Beispiele zu folgen. Zum Lohne mögen Ihnen, mitsammt den kleinen Bienenvölkern, die Sie in wundersamen Kasernements einquartiert haben, auch sonnenhelle Herbsttage bei Ihrem Hiersein beschieden sein. Mit diesem Wunsche habe ich Sie nochmals herzlich zu begrüßen."

Es wurde sodann in die Tagesordnung eingetreten, den ersten Gegenstand derselben bildete „die Kritik des preußischen Bienenzuchtgesetzes nach dem Entwurfe des Abg. Letocha". Nach einigen einleitenden Worten des Vorsitzenden des deutschen Zentral-Vereins, Pastor Rabbow, referirt Herr Amtsrichter Kolligs-Fallersleben über diesen Gegenstand und bringt seine Ansichten als Jurist und Bienenzüchter zur Kenntniß der Versammlung, dieselben gipfelten darin, daß der Vortragende durch den Entwurf zwar noch nicht alle Wünsche der Imker berücksichtigt sieht, daß er denselben aber als einen entschiedenen Fortschritt für die Bienenzucht betrachten müsse; er schlägt deshalb vor, danach zu streben, daß dieser Entwurf zum Gesetze werde, und er bittet die Abgeordneten der einzelnen Kreise, sich dafür zu interessiren, damit dieselben, soweit es ihre Ueberzeugung zuläßt, dafür eintreten. Referent zweifelt nicht, daß das Gesetz beitragen werde zu dem fernen Gedeihen und der Entwickelung der Bienenzucht im deutschen Lande. — Die Versammlung giebt zu dem Vorschlage des Referenten ihre volle Zustimmung.

Herr Hauptlehrer Simon-Franz. Buchholz referirt „Ueber Selbsthülfe auf dem Gebiete der Bienenzucht" und empfiehlt u. A. Versicherung gegen Faulsucht, Versicherung gegen Bienenstiche, Vereinigungen für die Verwerthung des Honigs u. a. m. — An den Vortrag knüpfte sich eine längere Diskussion und traten die einzelnen Redner für die Selbsthülfe ein.

Den nächsten Vortrag hielt Herr Hauptlehrer Lehzen-Hannover über das Thema „Unter welchen Bedingungen ist die Bienenzucht einträglich"? Als erste Hauptbedingung stellt derselbe, die Theorie möglichst einzuschränken und vor Allem die Praxis zu erlernen, denn nur dann könne von einer rationellen Bienenzucht die Rede sein. Weiter müsse man stets das beste Material wählen. Es sei richtig, daß darüber sehr gestritten werden kann, welches das beste Material sei, der eine schwärmt z. B. für Italiener Bienen, der andere für Krainer und schließlich kommt Jeder zu der Ueberzeugung, daß die deutsche Biene immer noch die beste sei. Ebenso sei es mit den Bienenwohnungen. Hier werde fortwährend gewechselt und unnöthige Ausgaben gemacht. Dies tauge nichts, der Imker muß bei der Wohnung bleiben, welche er im Anfang genommen habe; am besten freilich ist es, er macht sich seine Bienenwohnungen selbst. Redner schildert sodann, oft in humoristischer Weise, welche Reisen die Imker in Hannover im Sommer machen, um ihren Bienen stets gute Nahrung zu schaffen. Der Vortrag des Redners fand lebhaften Beifall.

Ueber die übrigen Gegenstände der heutigen Sitzung berichten wir in nächster Nummer. — Bemerken wollen wir noch, daß die auf der Versammlung anwesenden Delegirten über 20,000 Imker vertreten.

In der Ausstellung in Wolffs Garten entwickelte sich heute bereits ein reges Leben, besonders von außerhalb waren zahlreiche Besucher anwesend. Die Anfuhr von Ausstellungs-Gegenständen hatte auch heute noch nicht ihr Ende erreicht, immer neue Gegenstände trafen ein und übertrifft in Folge dessen die Ausstellung sowohl in Betreff des Umfanges wie des Arrangements alle Erwartungen. Der Besuch dürfte daher ein dauernd steigender werden, da das Entree sehr billig (50 Pf.) gestellt ist und außerdem an den ersten drei Nachmittagen ohne Erhöhung des Entrees Konzert der Jancovius-Kapelle stattfindet. Der Herr Ober-Präsident, Graf Behr-Negendank fuhr bereits Morgens vor 9 Uhr bei der Ausstellung vor und besichtigte dieselbe unter Führung des Vorsitzenden des deutschen Zentral-Vereins, Herrn Pastor Rabbow-Hohendorf, in allen Theilen und sprach wiederholt seine volle Anerkennung über das Gesehene aus. Ueberhaupt hörte man bei allen Besuchern über die Ausstellung nur ein Urtheil und dies ist voller Lob.

Aus den Provinzen.

Swinemünde, 5. September. Sicherem Vernehmen nach soll die Erbauung einer Lokalbahn von Swinemünde nach Heringsdorf in solchem Maße gefördert werden, daß die Eröffnung der Linie am 1. Juli künftigen Jahres erfolgen kann.

Neustettin, 5. September. Gestern Nachmittag 5 Uhr rückten die 3 Bataillone des Grenadier-Regiments König Friedrich Wilhelm IV. in Stärke von ca. 59 Offizieren und 1375 Mannschaften mit klingendem Spiel hier ein und bezogen Quartiere in hiesiger Stadt. Es liegen gegenwärtig außer dem genannten Regiment hierselbst noch das Füsilier-Regiment Nr. 34 in Stärke von ca. 59 Offizieren und 1353 Mann sowie ein Theil des Train-Bataillons Nr. 2 in Stärke von 1 Offiier und 42 Mannschaften und 1 Kompagnie des Pionier-Bataillons Nr. 2. Wie bei einer Mobilmachung sah es heute Morgen in den Straßen aus, durch welche diese Truppen von zahlreichen „Schlachtenbummlern" begleitet in das Manöverterrain ausrückten, nachdem aus den beiden hiesigen Hotels die Fahnen abgeholt worden waren. Bei der starken Ansammlung so großer Truppenmassen ist es erklärlich, daß die Preise für Lebensmittel auf dem gestrigen Wochenmarkt ziemlich hoch geschraubt waren.

Kunst und Literatur.

Praktischer Lehrgang zur schnellen und leichten Erlernung der **dänischen Sprache**, hauptsächlich zum Selbstunterricht für Kaufleute und Touristen mit einem Anhang norwegischer Redewendungen. Von E. Funk. Leipzig bei F. A. Brockhaus.

Wir können das Buch aus vollster Ueberzeugung jedem empfehlen, der die dänische Sprache erlernen will. Wir kennen kein Buch, welches so leicht in die dänische Sprache einführt. [237]

Vermischte Nachrichten.

— Der französische Major a. D. Graf Berthier, Enkel des Marschalls Berthier unter Napoleon I., hat vor wenigen Tagen auf der Fahrt von Luxemburg nach Diedenhofen oder auf dem Wege von Diedenhofen nach seinem in der Nähe der letztgenannten Stadt gelegenen Schlosse die Summe von 400,000 Mark in Banknoten verloren. Der Graf hat dem redlichen Finder derselben eine Baarsumme von 16,000 Mark oder nach beliebiger Wahl eine Leibrente auf Lebenszeit von täglich vier Mark in Aussicht gestellt.

— Am Dienstag Vormittag traf die Asche des korsischen Diktators Paolo in Marseille ein und wurde von den vier korsischen Vereinen der Städte Toulon und Marseille mit Trauermusik durch die ganze Stadt nach dem Hafen geleitet, wo mehrere Reden gehalten wurden. Hierauf brachte man den Sarg an Bord des Postdampfers „Compte Joseph" in einen mit Flaggen geschmückten Raum. Die Landungsbrücke war mit Blumen bedeckt. Man bemerkte besonders einen von der Exkaiserin Eugenie gespendeten Veilchenkranz mit der Inschrift: „Dem großen korsischen Patrioten. Eugenie." Im Hafen hatten alle Schiffe ihre Flaggen auf den Halbmast eingezogen. Um ¼1 Uhr fuhr der Dampfer ab.

— (Eine Gänsehändlerin, die wegen Beihülfe zum Zweikampf auf Festung geschickt wird!) Zu dieser drolligen Konsequenz hat, wie geschrieben wird, in einem am letzten Dienstag vor der 2. Ferienstrafkammer des königlichen Landgerichts München I verhandelten Fall der Absatz 2 des § 49 unseres Strafgesetzbuchs geführt, worin es heißt, daß die Strafe des Gehülfen nach demjenigen Gesetze festzusetzen sei, welches auf die Handlung Anwendung findet, zu welcher er wissentlich Hülfe geleistet hat. Um schnöden Mammon hatte die Schwabinger Gänsehändlerin Rosa Kaupper zwei paukenden Verbindungen den Dachboden ihres Hauses überlassen, eine Frevelthat, für welche ihr das Gericht 23 Tage Festung, nebenbei bemerkt, das gesetzliche Strafminimum zuerkannte. Was die Herren „Insassen" von Oberhaus für Gesichter machen werden über den Zuwachs, den da ihre Gesellschaft bekommt!

Börsen-Berichte.

Stettin, 6. September. Wetter: Bedeckt. Temperatur + 14° Reaumur. Barometer: 28" 6"'. Wind: O.

Weizen behauptet, per 1000 Klgr. loko 176 bis 182, per September-Oktober 184,5 bez., per Oktober-November 184,5 bis 185,5 bez., per November-Dezember 186,5 bez., per April-Mai 191 bez.

Roggen wenig verändert, per 1000 Klgr. loko alter 144—152, neuer 153—156, per September-Oktober n. Us. 156,5—157 bez., per Oktober-November 157,5—158 bez., per November-Dezember 158,5—159 bez., per April-Mai 162,5 bez.

Gerste loko matt 140—170, feine über Notiz bez.

Hafer per 1000 Kgr. loko pomm. alter 150—155, neuer 145—150.

Winterrübsen ohne Handel.

Winterraps ohne Handel.

Rüböl unverändert, per 100 Kgr. loko o. F. bei Kl. per September —,—, per September-Oktober 68 B., per April-Mai 64 B.

Spiritus behauptet, per 10,000 Liter % loko o. F. 70er 36,8 bez., do. 50er 56,4 nom., per September 70er 35,7 G., per September-Oktober 34,8 bez. B. u. G.

Petroleum ohne Handel.

Berlin, 6. Sept. **Weizen** per September-Oktober 188,75—189,75 M., per Novbr.-Dezbr. 192,00 M., per April-Mai 197,25 M.

Roggen per Sept.-Okt. 160,00—159,75 M., per November-Dezember 161,75 Mk., per April-Mai 165,25 M.

Rüböl per September-Oktober 68,30 Mk., per April-Mai 63,70 M.

Spiritus loko 50er 57,30 M., loko 70er 38,00 Mk., September 70er 37,40 Mk., September-Oktober 70er 35,90 Mk., November-Dezember 70er 33,30 M., April-Mai 70er 34,20 M.

Hafer September-Oktober 148,25 M.

Petroleum September 24,10 M.

London. Wetter: schön.

Berlin, 6. September. Schluß-Course.

Preuß. Consols 4%	106,90	London kurz	—,—
do. do. 3½%	105,90	do. lang	—,—
Pomm. Pfandbriefe 3½%	102,10	Amsterdam kurz	—,—
Italienische Rente	93,10	Paris kurz	—,—
Ungar. Goldrente	85,20	Belgien kurz	—,—
Rumän. 1881er amort.		Bredow. Cement-Fabr.	187,70
Rente	96,90	Stett. Vulc.-Act. Litt. B.	162,70
Serbische 5% Rente	83,80	Stett. Vulc.-Priorität.	166,00
Russ. II. Orient.-Anl.	64,80	Neue Dampf-Comp.	
do. Boden-Credit 4½%	97,10	(Stettin) . . .	154,10
do. Anl. von 1884	—,—	**Ultimo-Course:**	
do. do. von 1880	91,80		
Oesterr. Banknoten	171,70	Disconto-Commandit	235,60
Russ. Banknot. Cassa	212,05	Oesterr. Credit	163,70
do. do. Ultimo	211,50	Laurahütte	153,70
Nat.-Hyp.-Cred.-G. 5%	—,—	Dortm. Union St.-Pr. 6%	102 90
do. (110) 4½%	107,50	Ostpreuß. Südbahn	100,80
do. (110) 4%	104,50	Marienburg-Mlawka-	
do. (100) 4%	100,50	bahn	66,90
P. Hyp.-A.-B. (100) 4%		Mainzerbahn	124,10
VI. Emission . .	92,06	Lombarden	51 20
Petersburg kurz	210,50	Franzosen	95 70

Magdeburg, 5. September. Zuckerbericht. Kornzucker excl., von 92 Prozent 20,00, Kornzucker excl., 88 Prozent —,—, Nachprodukte excl. 75° fein Rendement —,—. Stetig. ffein. Brodraffinade —,—, Brodraffinade —,—. Gem. Raffinade II. mit Faß 31,50. Gem. Melis I. mit Faß —,—. Ruhig. Rohzucker I. Produkt Transito f. a. B. Hamburg per September 13,55 G., 13,70 B., per Oktober 14,10 bez., 14,15 B., per November-Dezember 14,02½ bez., per Januar-März 14,20 bez. Ruhig.

Köln, 5. September, Nachm. 1 Uhr. Getreidemarkt. Weizen hiesiger loko 19,00, do. fremder loko 21,00, do. per November 19,05, per März 19,60. Roggen hiesiger loko 15,50, fremder loko 17,00, per November 16,05, per März 16,45. Hafer hiesiger loko 16,25, fremder 15,75. Rüböl loko 74,00, per Oktober —,—, per Mai 1890 65,00.

Hamburg, 5. September, Vormittags 11 Uhr. Kaffee. (Vormittagsbericht.) Good average Santos per September 77¼, per Dezember 77½, per März 1890 77¼, per Mai 77¼. Schwach.

Hamburg, 5. September, Nachmittags 3 Uhr 30 Minuten. Kaffee. (Nachmittagsbericht.) Good average Santos per September 77¾, per Dezember 77¾, per März 1890 77½, per Mai 77½. Ruhig.

Hamburg, 5. September, Vormittags 11 Uhr. Zuckermarkt. (Vormittagsbericht.) Rübenrohzucker I. Produkt, Basis 88 pCt. Rendement, neue Usance, frei an Bord Hamburg per September 13,97½, per Dezember 14,05, per Februar 14,12½, per Mai 14,40. Ruhig.

Hamburg, 5. September, Nachmittags 3 Uhr 30 Minuten. Zuckermarkt. (Nachmittagsbericht.) Rüben-Rohzucker 1. Produkt Basis 88 pCt. Rendement, neue Usance, frei an Bord Hamburg per September 13,77½, per Dezember 14,05, per Februar 14,20, per Mai 14,42½. Stetig.

Wien, 5. September, Nachm. Getreidemarkt. Weizen per Herbst 8,53 G., 8,58 B., per Frühjahr 9,18 G., 9,23 B. Roggen per Herbst 7,08 G., 7,13 B., per Frühjahr 7,53 G., 7,58 B. Mais per September 5,35 G., 5,40 B., per Mai-Juni 5,93 G., 5,98 B. Hafer per Herbst 6,92 G., 6,97 B., per Frühjahr 7,40 G., 7,45 B.

Pest, 5. September, Vormittags 11 Uhr. Produktenmarkt. Weizen loko fester, per Herbst 8,49 G., 8,51 B., per Frühjahr 1890 9,06 G., 9,08 B. Hafer per Herbst 6,56 G., 6,58 B., per Frühjahr 6,97 G., 6,99 B. Mais per Mai-Juni 1890 5,58 G., 5,60 B. Kohlraps per September 18¾—18⅞. Wetter: Wolkig.

Amsterdam, 5. September. Getreidemarkt. Weizen per November 195, per März 202. Roggen per Oktober 128, per März 136.

Amsterdam, 5. September. Java-Kaffee good ordinary 52¾.

Antwerpen, 5. September. Weizen schwach. Roggen ruhig. Hafer unbelebt. Gerste still. Petroleum loko 17¼, per September 17¼ B., per November-Dezember 17¾, per Januar-März 17½. Fest.

Paris, 5. September, Nachmittags. Rohzucker 88% (Schlußbericht) ruhig, loko 35,00. Weißer Zucker matt, Nr. 3 per 100 Kilogramm per September 39,75, per Oktober 38,75, per Oktober-Januar 38,50, per Januar-April 38,50.

Paris, 5. September, Nachmittags. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen fest, per September 23,00, per Oktober 23,00, per November-Februar 23,40, per Januar-April 23,40. Roggen ruhig, per September 13,60, per Januar-April 14,25. Mehl fest, per September 53,25, per Oktober 53,25, per November-Februar 53,25, per Januar-April 53,40. Rüböl steigend, per September 67,75, per Oktober 68,00, per November-Dezember 68,50, per Januar-April 68,25. Spiritus behauptet, per September 39,50, per Oktober 40,00, per November-Dezember 40,25, per Januar-April 41,25. — Wetter: Bedeckt.

Paris, 5. September, Abends 6 Uhr. Rüböl steigend, per September 67,70, per Oktober 68,00, per November-Dezember 68,50, per Januar-April 68,20. Mehl per September 53,20, per Oktober 53,20, per November-Februar 53,20, per Januar-April 53,40. Spiritus behauptet, per September 39,50, per Oktober 39,40, per November-Dezember 39,20, per Januar-April 41,20.

Paris, 5. September, Nachmittags. (Schluß-Kourse.) Tendenz: Behauptet.

		Kours v. 4.
3% amortisirb. Rente	89,60	89,50
3% Rente	85,90	86,00
4½% Anleihe	104,62	104,65
Italienische 5% Rente	92,50	92,80
Oesterr. Goldrente	94,75	94,25
4% ungar. Goldrente	84⅞	85,00
4% Russen de 1880	92,00	—,—
4% Russen de 1889	91,10	91,10
4% unifiz. Egypter	457,81	458,12
4% Spanier äußere Anleihe	73⅜	73⅞
Convert. Türken	16,92½	16,95
Türkische Loose	63,00	63,00
5% privil. Türk.-Obligationen	464,50	462,50
Franzosen	483,75	483,75
Lombarden	250,00	245,00
„ Prioritäten	304,00	305,00
Banque ottomane	526,25	527,50
„ de Paris	755,00	752,50
„ d'escompte	512,50	513,75
Crédit foncier	1280,80	1282,50
„ mobilier	422,00	430,00
Meridional-Aktien	700,00	700,00
Panama-Kanal-Aktien	45,00	43,75
„ „ 5% Obligationen	37,00	35,00
Rio Tinto-Aktien	302,50	303,75
Suezkanal-Aktien	2402,50	2397,50
Wechsel auf deutsche Plätze 3 Mt	122⅜	122⅜
Wechsel auf London kurz	25,25½	25,26
Chèques auf London	25,27	25,28
Comptoir d'Escompte 131.	98,00	98,00

London, 5. September. 96% Javazucker 18 träge, Rübenrohzucker neue Ernte per Oktober 14⅛ fester, Centrifugal —.

Newyork, 5. September. Wechsel auf London 4,84¼. Petroleum in Newyork 7,20, in Philadelphia 7,20, rohes (Marke Parkers) 7,60. Pipe line certificates — D. 97⅛ C. Mehl 2 D. 80 C. Rother Winter-Weizen — D. 85 C. Weizen per laufenden Mo. — D. 84 C., per Oktober — D. 84⅝ C., per Dezember — D. 87 C. Getreidefracht 4¼. Mais 43½. Zucker 5⅝. Schmalz loko 6,45. Kaffee loko fair Rio Nr. 3 19¼. Kaffee per Oktober ord. Rio Nr. 7 15,47. Kaffee per Dezember ord. Rio Nr. 7 15,52. Weizen (Anfangskours) per Dezember 87.

Telegraphische Depeschen.

Freiburg i. Br., 5. September. Der gestern hier zusammengetretene Kongreß der deutschen Strafanstaltsbeamten war von etwa 150 Theilnehmern besucht und hat unter dem Vorsitze des Ministerialrathes v. Jagemann (Karlsruhe) und Staatsrathes Köstlin (Stuttgart) seine Verhandlungen heute zu Ende geführt. Die Berathungen betrafen die Behandlung der Untersuchungsgefangenen, das Haftsystem für jugendliche Verbrecher, die Vorbildung der Aufseher, sowie die Vorbildung zu dem höheren Gefängnißdienst, die Begehung der Sonntagsfeier und die Abstufung der Strafe für Zuchthaus und Gefängniß.

Wien, 5. September. Laut Berichten aus Jaroslaw sind dort 2 Offiziere meuchlings überfallen und schwer verwundet worden.

Pest, 5. September. Wegen Einsturzes des entgegen fachmännischen Gutachten erbauten Szegediner Theiß-Quais greifen die Blätter den ehemaligen Kommissar, Grafen Ludwig Tisza, heftig an.

Morgen beginnen die Sprengungen am eisernen Thor in Gegenwart dreier Minister.

Paris, 5. September. Die gesammte Tagespresse ohne Unterschied der Parteirichtung bespricht die Erklärung des Prinzen Viktor Napoleon als bedeutsame Kundgebung.

Die Blätter melden, daß für den Zarewitsch bereits Gemächer in der russischen Botschaft vorbereitet werden.

Privat-Depeschen der Stettiner Zeitung.

Paris, 6. September. Boulanger richtete an Tirard ein Schreiben, worin er verlangt, vor ein Kriegsgericht gestellt zu werden und sich verpflichtet, sich sofort zu stellen, sobald der Gerichtshof konstituirt ist. Boulanger fügt hinzu, verweigere Tirard, dem Verlangen nachzukommen, so beweise dies, daß man in höheren Kreisen das unparteiische Votum des militärischen Gerichtshofes fürchte, er werde die Sache dem obersten Richter unterbreiten, der bei den Wahlen am 22. September das Urtheil sprechen werde.

London, 6. September. Chaplin ist zum Chef des neuen Ressorts der Landwirthschaft, mit dem Sitz im Kabinet, ernannt.